

Umlauf

UNIV.-BIBLIOTHEK
GREIFSWALD

Für die Wissenschaft, die dem Sozialismus dient

UNIVERSITÄTSZEITUNG

21

ORGAN DER SED-PARTEILEITUNG



DER KARL-MARX-UNIVERSITÄT

LEIPZIG
26. 5. 1966
10 JG. 33603
15 PFENNIG

Nationale Aufgabe fordert Verstand und Bekenntnis

Ab und zu höre ich Leute sagen, unser Alltag sei zu glatt, zu wenig interessant, als daß man seine Entscheidung für unseren Staat durch eine Heldentat demonstrieren könnte. Ich wage das zu bezweifeln. Unsere Zeit ist stürmisch genug, um von jedem einzelnen Bewährung zu fordern – in der Arbeit, im Studium, in dem politischen Bekenntnis. Sicher gibt es nicht für jede Bewährung eine Medaille. Aber ich frage mich: welche ehrliche Heldenat wurde schon mit dem Gedanken an lautstarken Applaus vollbracht? Unseine Bewährungen sind im einzelnen unauffällig. Sie fügen sich als Mosaiksteinchen zu einem Bild, daß wir politisch-moralische Einheit nennen.

Vor mir liegt eine Resolution, unterschrieben von der SED-Grundorganisation Kunst und Musikwissenschaft. „Wir weisen alle Versuche zurück, mit demagogischen Mitteln den Grundfragen auszuweichen“, heißt es da. „Alle Krisenwirren menschlicher Beziehungen in Deutschland haben ihre Ursache in der verständigungsfähidlichen Bonner Politik. Wir stehen fest hinter der Politik von Partei und Regierung, begrüßen und unterstützen konsequent

ihre Maßnahmen zur Sicherung der Grenzen unserer Republik. Keineswegs werden wir unsere Errungenschaften für das Linsengericht einer Reise nach Westdeutschland preisgeben.“ Hinter diesen Worten stehen erarbeitete Erkenntnisse; sie sind eine Entscheidung, zu der sich jeder einzelne durchringen mußte.

Erst einmal denke ich: Wir haben es nie abgelehnt, über kleine Schritte zur Annäherung zu sprechen. Allerdings haben wir berechtigten Grund, es abzulehnen, einzige und allein über kleine Probleme zu diskutieren, wenn große Probleme – nicht mehr und nicht weniger – als die Zukunft unserer Nation – dringend gelöst werden müssen. Und nun zu unserem „kleinen Mann“! Eigentlich wäre ja zu klären, was man unter diesem Begriff zu verstehen habe – ich fände das unter dem Gesichtspunkt der historischen Mission der Arbeiterklasse nicht uninteressant. Aber nehmen wir einmal an, es gibt ihn, diesen „kleinen Mann“! Er möchte seinen Freunden in Westdeutschland besuchen. Also diskutieren seine „Anwälte“ ihn kann man doch wohl die Urheber des oben genannten Zitats bezeichnen! über die Forderung der SPD nach kleinen Schritten. Ihren „Klienten“ erweisen sie damit einen schlechten Dienst. Der SPD-Führer allerdings tun sie einen Gefallen. Sind sie doch dabei, auf den Leim zu kriechen, den die CDU-Regierung gemischt und die SPD breitgestrichen hat: Diskussion um kleine Probleme (damit man die größeren übersieht), „Unterwanderung“ der DDR (schon oft schießt gegangen), Diskreditierung der Politik unserer Partei und Diskreditierung un-

serer Staatsmänner. Selbst wenn der „Anwalt“ das noch nicht gemerkt haben sollte – ich glaube, spätestens jetzt, da CDU-Politiker unverhüllte Morddrohungen gegen unsere führenden Genossen ausspielen, müssen ihm die Augen aufgehen, wessen Politik er da – unbewußt – unterstützt hat.

Der westdeutsche Imperialismus ist aggressiver geworden (wenn auch nicht stärker). Mit gerissenen Mitteln sucht er seine Gier nach Eroberung der DDR zu befriedigen; seine verstärkten Anstrengungen, in den Besitz von Kernwaffen zu gelangen (durch schmutzige Handlangerdienste gegen das vietnamesische Volk z. B.) ist doch viel zu gefährlich, als daß wir ihm Tür und Tor öffnen. Das ist das große Problem, das wir im Mediterieren über „humane“ kleine Schritte übersehen sollen. Wem nützt es? Dem „kleinen Mann“ am allerwenigsten. Keineswegs werden wir unsere Errungenschaften für das Linsengericht einer Reise nach Westdeutschland preisgeben.“ Deshalb sagen wir: Demokratische Verhältnisse in Westdeutschland, Ausschalten der militärischen und revisionistischen Kräfte, ein vernünftiges Gespräch zwischen gleichberechtigten, verantwortungsbewußten Partnern. Das ist der einzige gangbare Weg – auch und vor allem im Interesse des „kleinen Mannes“.

In der Parteiversammlung hörte ich

immer wieder, daß viele Studenten (auch Genossen) den veröffentlichten Briefwechsel nicht gelesen haben, daß sie über Probleme diskutieren, die sie nur vom Hörensagen kennen. Eine Frage: Kann man Forderungen stellen, ohne sich exakt zu informieren, worum es eigentlich geht? Ich glaube, kein Medizinstudent würde es wagen, von einem guten Spezialisten zu fordern, er möge diese oder jene Krankheit so und so behandeln, ohne daß der Student mehr von der Krankheit weiß, als ihren Namen, wenn er weder Ursachen, noch Wesen, noch Wirkung kennt. „Politik ist Wissenschaft“, sagte jemand auf der Versammlung. Wenn wir im offenen Gespräch unsere richtige Auffassung über Weg und Ziel der deutschen Nation überzeugend darlegen, wenn wir diesen Weg unbedingt verfolgen wollen, dann müssen wir uns das entsprechende Wissen aneignen.

Die Situation in Deutschland, die Größe der zu lösenden Probleme verlangt umfassende, detaillierte Kenntnisse, gefestigte Erkenntnisse und daraus basierende klare Entscheidungen für unsere gute Sache.

Moskau Linke

Partei- und Gewerkschaftsgruppe der Lektoren am Slawischen Institut:

Lieber verzichten wir auf eine Reise nach Westdeutschland

Die Partei- und Gewerkschaftsgruppe der Lektoren am Slawischen Institut der Karl-Marx-Universität erklärt ihre volle Übereinstimmung mit der Initiative des ZK unserer Partei, einen Meinungsaustausch mit der SPD zu beginnen.

Diese Aussprache soll der SPD helfen, sich ihrer gesellschaftlichen Rolle bewußt zu werden und ein Alternativprogramm zu der Kriegspolitik der Bonner CDU zu entwickeln.

Wir verurteilen entschieden den Versuch der CDU, den Meinungsaustausch zwischen der SED und SPD zu torpedieren.

Daher fordern wir die Bonner Regierung auf, Schlüß zu machen mit dem völkerrechtswidrigen Versuch, ihre Gesetze auch auf das Territorium unserer Republik auszudehnen und gegen Staatsmänner der DDR zielgerichtet Mordheze zu betreiben. Wir sind der Meinung, daß wir unsere Grenzen zuverlässig schützen müssen, so-

lange die herrschenden Kreise der Bundesrepublik Revanchepolitik betreiben und nach Atomwaffen streben. Lieber verzichten wir auf eine Reise nach Westdeutschland, ehe wir die Grenzen für Revanchisten und Militaristen und damit die Sicherheit der DDR gefährden. Die Lösung der deutschen Frage kann nur auf der Grundlage der Vorschläge unserer Partei erfolgen. Alle Versuche, unsere Republik gewaltsam zu erobern, werden durch die Kraft der im Warschauer Vertrag vereinigten Armeen vereilt.

Wir unterstützen die gerechten Maßnahmen unserer Partei und Regierung dadurch, daß wir unsere Bemühungen verstärken werden, die Studenten an unserem Institut zu Klassenstandpunkt und zur Verteidigungsbereitschaft zu erziehen.

Wir werden in unserer Republik unbedingt den Sozialismus weiter aufbauen und die Freundschaft mit den Völkern der Sowjetunion festigen.

Parteiversammlung der Journalistikstudenten. Die Genossen des 3. Studienjahrs diskutierten über Probleme des XXIII. Parteitages der KPdSU, des 12. Plenums des ZK der SED und des Dialogs zwischen den beiden deutschen Arbeiterparteien.

Die „formierte Gesellschaft“ platzt aus den Nähten

Die westdeutsche Monopolregierung reagiert mit wütenden Beschimpfungen. „Sozialpartner“ werden offen bedroht.

KZ-Baumeister und Bundespräsident Lübke auf dem DGB-Kongress: Niemand sollte sich einhindern, „durch Verweigerung der Mitarbeit die Führungsrolle des Notstandsgesetz auf parlamentarischen Wege zu verhindern...“. Dies kann ich Ihnen mit Bestimmtheit sagen, sollte es nicht zu einer vom Bundestag beschlossenen Notstandsgesetzgebung kommen, werden die Botschafter der drei Mächte im Ernstfall die Ihnen zustehenden Rechte nach Konsultationen mit der Bundesregierung für sich beanspruchen und die Bundesrepublik erneutigen, die einzelnen Maßnahmen zu treffen. Das bedeutet, daß dann... ohne das Parlament gehandelt werden muß.“

Die Monopolpresse startete eine wütende Hetzkampagne gegen den Antinotstandsbeschluß.

Die „Frankfurter Allgemeine“: „Eine

Gewerkschaftsbewegung, die sich zu einer so deutlichen Demonstration gegen unseren Staat bereit findet, kann ihren Anspruch auf politische Mitgestaltung auf anderen Gebieten nur nach schwer aufrechterhalten.“ Die Westberliner Morgenpost: „Es muß zufest beurteilt werden, wenn ein Gewerkschaftsbund, der rund 0,6 Millionen Mitglieder repräsentiert, eine Entscheidung fällt, hinter der sich ein zähes und oft radikalisiertes Misstrauen gegen den Staat, gegen die Träger der Macht in unserem demokratischen Staatswesen verbirgt.“

Notstandsgesetzgebung, Konzentration der Macht in den Händen des Monopolkapitals, Zusitzung der sozialen Lage der Arbeiterklasse, verbrecherische Schützenhilfe für den USA-Krieg in Vietnam, Faschisierung des Lebens in der Bundesrepublik alarmieren die westdeutsche Öffentlichkeit.

Wilhelm Haferkamp, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des DGB: „Es

muß befürchtet werden, daß neue Großkonzentrationen in der westdeutschen Industrie... auch zu neuen wirtschaftlichen Machtpositionen führen, von denen aus Einfluß auf die Bonner Politik ausgeübt werden kann.“

Prof. Schiller, SPD-Bundestagsabgeordneter: Die Preissteigerungen in der Bundesrepublik halten trotz aller angekündigten Stabilisierungsmaßnahmen der Bonner Regierung an und stehen auf dem Niveau einer schleichenden Inflation.

Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS): „Vietnam – Analyse eines Exempels“. Vietnam-Kongress in der Universität Frankfurt/Main. Namhafte westdeutsche Persönlichkeiten wie Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, Prof. Dr. Herbert Marcuse, Prof. Dr. Walter Fabian, Dr. Arno Klönne erzielten gemeinsam mit den Studenten ihre Stimme gegen das Völkermorden in Vietnam, an dem sich die westdeutsche Bundesregierung immer stärker beteiligt.“

Am Sonnabend, dem 14. Mai, veranstalteten Studenten in Bonn eine Gegen-

demonstration zum Massenaufmarsch des „Bundes der Vertriebenen“, der Gesamtorganisation der westdeutschen Revanchisten und Faschisten. Mit Transparenten fordern die Studenten Versöhnung mit den Völkern, die unter dem Faschismus gelitten haben. „Schlagt sie tot! Ihr habt deutsch zu denken!“ tönt es ihnen entgegen. Es bleibt nicht bei Worten. Die verhetzte Masse schlägt auf die Studenten ein – Seite an Seite mit der bundesdeutschen Polizei – in Anwesenheit und mit Billigung der Herren Minister Seehofer und Gräßl.

Die formierte Gesellschaft platzt aus den Nähten. Die Phrase von der „Sozialpartnerschaft“ enthüllt sich für mehr und mehr westdeutsche Bürger als das, was sie ist: Lüge. Die Kräfte des Friedens und des guten Willens schließen sich gegen den aggressiver werdenden Imperialismus zusammen. Sie fordern Demokratie, politische Mitbestimmung, Verhinderung der Notstandsgesetze, soziale, aufrichtige Gespräche mit der DDR.

Die antiimperialistischen Kräfte der Bundesrepublik erheben ihre Stimme.

Der 7. DGB-Kongress beschloß: Nein zu den Notstandsgesetzen. Den Delegierten standen verantwortungsbewußte Deutsche aus allen Schichten der Bevölkerung zur Seite.

Mehr als 400 Professoren appellierte an den DGB-Kongress: Bleiben Sie bei Ihren früheren Beschlüssen, unterstützen Sie auch künftig gemeinsam mit den kritischen Vertretern der Wissenschaft und des Geistes die Verfassung“. Der Marburger Soziologe Prof. Max Eugen Kogon und Staatsrechtler Helmut Röder, Initiator des Appells, erklären: „Höchste Tugend... ist das, was seit Jahren daran drängt, die bürgerlichen Grundrechte einzuführen: Wenn davon werden, wie die Erfahrung lehrt, Arbeitnehmer und Hochschullehrer am ersten betroffen sein.“

Weitere 1128 Vertreter geistiger Berufe der Bundesrepublik und Westberlin haben sich ebenfalls mit dem anstehenden Appell, die Notstandsgesetze abzulehnen, an die Delegierten des DGB-Kongresses gewandt.